



"Bringt Bagger ..."

Die 140.000 Menschen, die am 24. April zwischen Brunsbüttel und Krümmel, in Biblis und Ahaus für den Atomausstieg demonstrierten, schert es vielleicht nicht so sehr, wer die Veranstaltungen organisiert hat und ob Jürgen Trittin oder Sigmar Gabriel sich die Hand gereicht haben. Sie wollen den Atomausstieg und in ihrer großen Mehrheit bestimmt nicht den "Ausstieg aus dem Ausstieg" verteidigen.

Diese Uminterpretation der Ziele, für die die Menschen auf die Straße gingen und nach Krümmel Treckten, hat damit zu tun, dass die SPD und die Grünen mit zum Trägerkreis gehörten. Der sogenannte Atomkompromiss, die Vereinbarung zwischen Rot-Grün und der Energiewirtschaft im Jahr 2000, erwies sich jedoch als stumpfe "Waffe" im Kampf um den Atomausstieg: Restlaufzeiten konnten gestreckt und übertragen werden, herauskam die Stilllegung von Stade und Obrigheim, sonst gar nix. Die vielen Menschen aus dem Wendland und der Heide, die sich vor allem rund um das AKW Krümmel positionierten, werden den "Atomkompromiss" bestimmt nicht verteidigt haben, denn Rot-Grün ließ sich in dieses Papier die sog. "Eignungshöflichkeit" des Salzstocks Gorleben hinein diktieren. Warum? Weil – so die Idee im Jahr 2000 - bei einer weiteren Endlagersuche die Atomstromproduzenten von allen finanziellen Forderungen frei gestellt blieben.

Das Wissen um die Lügen und Tricks, wie man Gorleben zum Endlager für hochradioaktive Abfälle machen will, bekam Beine (und Räder). Trecker, Bauwägen, Fahrradfahrer starteten schon am Mittwoch vor dem 24. April zum Krümmeltreck, unsere Bäuerinnen und Bauer stießen mit einem schnellen Treck und Themenwagen dazu.

Alle Versuche zu suggerieren, dass die hochradioaktiven, hochgiftigen Abfälle für immer und ewig von der Biosphäre abschirmbar sind, sind gescheitert. Allein das ist ein starkes Argument für den Atomausstieg sofort! Es gibt illegale Deponien – da wurden in der Vergangenheit Atommüllfässer im Ozean verklappt oder in der Asse eingelagert, obwohl es keine genehmigte Atommülldeponie war. Es gibt genehmigte Deponien wie Morsleben, das Lager ist vom Einsturz bedroht und das Grundwasser im Raum Helmstedt ist auf lange Sicht gefährdet. Es gibt Endlager auf dem Papier, Papiertiger wie Gorleben, was bis Ende der 90er Jahre als Entsorgungs-

nachweis galt. Es reicht der CDU/CSU und der FDP, ein "genehmigtes" Lager zu haben oder die Aussicht darauf, um eine Lösung für die Atommüllberge zu suggerieren. Wir wissen, es gibt inzwischen auch virtuelle Endlager, nämlich Computersimulationen, wie man Erkundungsbereiche im Salz hübsch vorbei an Sperrgrundstücken der Gorleben-Gegner hinein beamt. Eine Million Jahre Sicherheit sollten gesichert sein, wie soll das zusammen gehen? In jedem Fall muss, vorausgesetzt die Reaktoren werden stillgelegt, ein Standortvergleich her, das ist ja wohl das Mindeste! Der Rückzug auf die Position von Schwarz-Gelb, ein "genehmigtes" Lager würde angesichts der Lage nun reichen, ist ein Hohn angesichts des Atommülldilemmas. Aber die Wirklichkeit ist krude, es gibt kein sicheres Endlager.

Die wichtigste Forderung in dieser Lage bleibt: Ausstieg sofort!

Schwarz-Gelb will die Betriebsdauer der AKW's auf 60 Jahre strecken, der Atommüllberg wächst dabei um das Doppelte. Welch ein Spiel mit dem Reaktorrisiko, mit dem nuklearen Feuer! Was für eine Umweltsauerei. Zum Glück gibt noch Feuerlöscher und Umweltdetektive, das sind wir hier. Am liebsten würden wir die Atomfanatiker in der Asse oder in Morsleben verklappen. Oder im Einlagerungsbereich I in Gorleben versenken und dann die Schächte zukippen. Aber das wäre nicht gut, das ist keine Lösung: wegen

der fehlenden Langzeitsicherheit. Die Atomiker würden in Kürze im Flankenbereich dieser Salzstöcke wieder nach oben, in die Biosphäre gespült werden.

Also müssen wir die politische Auseinandersetzung weiter führen, mit Kopf und Verstand. Nehmen wir den Atomausstieg in die Hand. Am 24. April haben sich Abertausende die Hände gereicht. Wir sehen uns am 5. und 6. Juni wieder, wenn der Geist von 1004 der Republik Freies Wendland aus der Flasche gelassen wird. Den Jüngeren unter uns muss man erklären, was das war, 1004. Dort haben wir vor dreißig Jahren ein Hüttendorf errichtet, auf der Bohrstelle 1004, um das geplante Atommüllendlager im Salzstock Gorleben zu verhindern. Der Platz wurde nach sechs Wochen am 4. Juni 1980 brutal von Polizei und BGS geräumt, aber Türme und Hütten können sie platt machen, unseren Widerstandsgeist nicht. Nach dem Schluck aus dieser Pulle heißt es Castornix: stimmen wir mit den Füßen im November Gorleben ab. Wenn der nächste Castortransport nach Gorleben rollt, werden wir der Atomkraft erneut die Rote Karte zeigen. Wenn die richtigen Einsichten, die Notwendigkeit des Sofortausstiegs, Beine bekommen, dann bestimmen wir und nicht die Trittins und Gabriels die Atomdebatte.

Diesen Kampf gewinnen wir.

Wolfgang Ehmke



In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“).

1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierete radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

Das war der Anti-Atom-Treck 2010

Es waren bewegende Momente, als die Ansage auf unsere Bühne am Atomkraftwerk Krümmel kam: 150.000 Menschen protestieren gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen! Gegen Gorleben, gegen Atomtransporte und für Erneuerbare Energien. Ein wahnsinnig großartiges Zeichen, 24 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, in einer Zeit in der in Deutschland über die Aufhebung des Atomausstiegs diskutiert wird und weitere „Forschungs-“Arbeiten in Gorleben auf Eignung zur Atommüllkippe anstehen. Wir sagen deutlich: Mit uns nicht!

Rückblick: 21.04.2010, der erste Tag Anti-Atom-Treck liegt hinter uns. Das Lagerfeuer brennt, die Leute - wohl 150 an der Zahl - warten größtenteils noch auf ihrer Pizze. Mama Rose steht am Steinbackofen und macht die beste Pizza der Welt. Auf der kleinen Wiese hinter der Ziegelei in Mützingen stehen 35 Fahrzeuge - die dpa schreibt 50 -, bunt geschmückt, mit eindeutigen Forderungen: "Stilllegen sofort!" - "Atomkraft? Nein Danke!".

Die Fahrt in Gorleben begann mit einer klaren Ansage der Bauern: Am Samstag sind wir dabei! Trotz Kartoffelplanzen. Denn das war von Anbeginn der Planung das Problem: Frühjahrsbestellung auf den wendländischen Feldern. Und dann braucht es auch noch einen anti-Atom-Treck...

Das Konferenzrad gab heute den Takt an: 7 wackere Radler strampeln auf einem Rad um die Wette - und fahren an der Spitze des Trecks. Dahinter folgte der Atomschrott-Dinosaurier, von Greenpeace auf die Reise geschickt. Dann folgen 200 Atommüllfässer, Ladewagen mit Bannern geschmückt, Bauwagen. Das Wetter ist ganz der April: Regen- und Graupelschauer wechseln sich mit feinstem Sonnenschein ab - einzig den Traktorfahrern ohne Verdeck (2 an der Zahl) und den Radfahrern scheint das zu schaffen zu machen.

Der zweite Tag anti-Atom-Treck 2010 startet mit einem geplatzten Kühlerschlauch. Schnelle Reparatur und die 30km lange Fahrt gen Uelzen, erstes Etappenziel am heutigen Tage konnte weitergehen. Die mehr als einen Kilometer lange Karawane, 35 Fahrzeuge und genauso viele Radfahrer an der Spitze schlängelte sich die Bundesstraße 191 entlang. Und heute tat uns Petrus den Gefallen und liess die Sonne scheinen!

In Uelzen angekommen bekam der städtische Energiversorger SVO, an dem auch AKW-Betreiber E.ON beteiligt ist, Atommüllberge überreicht. Kaum auf dem Herzogenplatz vor dem Rathaus angekommen, weht vom Dach die 10x10 Meter große Anti-Atom-Sonne. Der Bürgermeister der Stadt bekräftigte: Gorleben stoppen! und bekam von der BI Lüchow-Dannenberg die Sonnen-Fahne überreicht.

Die Fahrt führte uns weiter ins 10km entfernte Klein Bünstorf, bei wunderschöner Abendstimmung rocken zwei lokale Bands die MMKW-Bühne. Ein gelungener zweiter Tag, die Stimmung ist super - der Treck wächst. Krümmel - wir kommen!

Freitag, 23. April 2010: Der dritte Trecktag führte nach Lüneburg. Eine tolle Strecke, Wald und Sonne, und der Treck wird immer länger: 1,5km Länge maßen 36 Fahrzeuggespanne und 50 Radfahrer am Mittag. Die Einfahrt nach Lüneburg wird zum Hupkonzert: Kurze Kundgebung vor E.ON/Avacon, der Vorsitzende des Regional-DGB macht deutlich, dass nicht die Arbeitnehmer der Atomkonzerne Ziel unseres Protestes sind, sondern die Entscheidungsetagen.

Wir rollen auf den Marktplatz von Lüneburg ein, pünktlich um 15.00 Uhr - „Hier ist der Anti-Atom-Treck 2010!“. Es folgten Reden u.a. vom Landessuperintendenten der evangelischen Kirche, dem DGB, einem Bericht aus der vom Tschernobyl-Fallout betroffenen Region Gomel, einem Aktivisten einer weissrussischen NGO und – als kleines Highlight: die Übergabe unseres Mahnmales, dem Wegweiser. Die „Chucks“ und Timon Hoffmann sorgten für den nötigen Hüftschwung und unsere Trommler-Mädels rundeten die Kundgebung, zu der etwa 350 Menschen kamen, ab.

Unser dritter Campplatz in Erbstorf erlebt ein Highlight: Bei toller Abendsonne schmetterten ASB, vielen vom letzten Berlin-Treck bekannt, „Die Tür ist kaputt“, inspiriert von der Aktion am Schacht Konrad.

Am letzten Tag, dem Tag der Anti-Atom-Bewegung, steuerten dann knapp 100 Fahrzeuggespanne, zum Teil am Morgen im Wendland gestartet, das AKW Krümmel an., mindestens 300 Radfahrer an der Spitze.

Schon vor dem eigentlichen Beginn der Aktion „Kettenreaktion“, die in Krümmel begann, standen die Men-



schen vor dem Reaktor Hand in Hand in der Menschenkette. Als dann verkündet werden konnte: „die Kette steht über 120 Kilometer“ - ein ohrenbetäubender Jubel und kilometerlange Laola-Wellen. Ab 15.00 Uhr wurde es dann richtig voll vor der Bühne: immer mehr Menschen strömten von der Strecke vor das AKW zur Kundgebung. Abi Wallenstein heizte die Massen auf seine Art ein, die regionalen Redebeiträge machten deutlich: Wir Bürger von Geesthacht und der Elbmarsch wollen dieses Kraftwerk nicht! Landessuperintendent Janssen aus Lüneburg nahm den Wegweiser des Trecks entgegen: „Ich werde einen schönen Platz neben meinem Apfelbaum in Tespe finden“. Es folgte Felix Meyer, der besten Folk präsentierte, tausende vor Krümmel tanzten.

Rede der BI zum Anti-Atom-Treck 2010 nach Krümmel

Seit 1977 gibt es Bestrebungen, unseren schönen und dünn besiedelten Landkreis zum Atomklo der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Seit 1977 gibt es auch Widerstand gegen die menschenverachtenden Machenschaften der Atommafia und wechselnder Regierungen.

Vor 30 Jahren gab es die Platzbesetzung des Geländes beim Bohrloch Tausendvier, wo die ersten Tiefbohrungen in den Gorlebener Salzstock geplant waren. Im Mai 1980 gründeten AtomkraftgegnerInnen von hier und aus vielen anderen Orten das Hüttendorf der Republik Freies Wend-

Weitere Redebeiträge machten die Meinung der vielen Menschen deutlich: „Gorleben stoppen!“ so die BI Lüchow-Dannenberg. Greenpeace sprach die herzliche Einladung zum nächsten Castortransport ins Wendland aus: „Wenn ihr alle kommt, dann kommt er nicht durch!“ Auch die IG Metall schloss sich den Protesten an. Dann spielten die Hamburger St. Pauli-Tanzmusiker „LeFly“ auf – und die Massen vor der Bühne tobten. „Wir fliegen mit LeFly und schalten den Reaktor ab“. Ein bombastischer Tag – nicht nur in Krümmel. In Ahaus gingen so viele Menschen wie schon lange nicht mehr auf die Straße, das AKW Biblis erlebte die größten Proteste seit 20 Jahren. Die Beteiligten sind sich einig: dieser Tag muss Konsequenzen haben.

Für die Stilllegung aller Atomanlagen!

Jan Becker

Und wir wollen die Solidarität vom Rest der Welt. Die Ungerechtigkeiten, die uns hier seit Jahrzehnten wiederfahren, wollen wir herausposaunen. Wir wollen die Wahrheit über Gorleben verbreiten. Geologische Studien beweisen: der Salzstock taugt aber auch gar nicht zum Atommülllager. Politische Recherchen belegen: die Standortwahl war rein politisch. Gorleben ist zum Standort für Atommüll geworden durch die Benennung einzig und allein aus politischem Kalkül. Wir sind gegen billige politische Lösungen!



land. Im Juni des selben Jahres wurde die Republik Freies Wendland gewaltsam und brutal von Polizei und BGS geräumt. 30 Jahre später zeigt sich: die Probleme sind nicht gelöst. Die Probleme die durch die Herstellung von Atomstrom und Atommüll entstehen, sind nur durch eins zu lösen: das sofortige Abschalten aller Atomanlagen weltweit!

Doch neben den Problemen ist noch etwas geblieben und das ist unser ungebrochener Widerstand.

Das Motto von damals ist heute genauso aktuell: Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, die es schuf!

Heute fahren wir los, um Unterstützung zu bringen und für Unterstützung zu werben.

Wir trecken los nach Krümmel, dem Schrottreaktor in der Elbmarsch, der Gegend mit der höchsten Leukämie unter Kindern weltweit.

Wir fordern: Krümmel darf nie wieder ans Netz! Krümmel muss sofort stillgelegt werden!

Einen Teil der fatalen Entscheidung von vor über 30 Jahren konnten wir verhindern: eine Wiederaufarbeitungsanlage wurde nie gebaut. Einen anderen Teil der katastrophalen Pläne von damals, ein Nukleares Entsorgungszentrum zu errichten, steht jetzt vor dem Fall: lasst uns die Pläne, in den Salzstock Gorleben Atommüll zu versenken, endgültig durchkreuzen!

Wir wissen, unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel. Wir werfen alles in die Waagschale. Mit uns wird es kein Endlager Gorleben geben! Seid dabei! Möglichkeiten gibt es genug: jetzt beim Treck, am Samstag bei der großen Demo in Krümmel, am ersten Juniwochenende, wenn die Republik Freies Wendland gefeiert und der Schwarzbau Gorleben umzingelt wird.

Es ist doch so: wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Kerstin Rudek

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 kracht ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinbrüche beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

Das war die Demo in Krümmel zum Tschernobyl Jahrestag 2010

Strahlender Sonnenschein, seit 4 Tagen waren wir unterwegs, der Treck nach Krümmel biegt vor Geesthacht um die Ecke, Maklerschilder verkünden „Schöner wohnen in der Natur“, den Schrottreaktor als Shilouette im Hintergrund. Das macht wütend- immer noch. Hunderte von RadlerInnen sind heut dazugekommen, auch deshalb die letzte Route ein Stück Abenteuer.

Wo sollen denn nun die Traktoren parken, direkt vor dem Pannenmeiler? Das gibt die richtigen Bilder. Aber auch genügend Menschen sollen Platz finden auf dem Flecken für die Kundgebung. Kompromisse. Alles wuselt herum, auch die Stände bauen sich auf, Buttons, Fahnen, Treck T-Shirts, Aufkleber, das volle Programm. Nicht zu vergessen die Vokü, die wieder alle gut versorgt. Es gibt auch viel leckeren Kuchen von den Inis in Geesthacht. Wenn wir schon unsere komplette Freizeit mit Anti-Atom-Aktivitäten verbringen, dann wollen wir es uns auch gut gehen lassen.

Bei allem Respekt vor anderen Haltungen haben wir auch eine eigene. Unser Ziel ist die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit. Dafür streiten wir. Die TeilnehmerInnen der Menschenkette zwischen Brunsbüttel haben unsere Hochachtung. 120 000 Menschen gingen auf die Straße. Ein breites Bündnis aus Initiativen, Verbänden und Parteien hatte hierfür mobilisiert. Ein Erfolg auf ganzer Linie. Dennoch ist unser Gedächtnis zwar kürzer, als die Halbwertszeiten der Radionuklide, aber hält länger, als die Legislaturperioden von PolitikerInnen. Wenn Rot-Grün damals getan hätte, was sie versprochen hatten, dann hätten wir am 24.4.2010 nicht wieder in Krümmel gestanden

und stehen müssen. Der faule Atomkompromiss zwischen Regierung und Atomwirtschaft hat uns rot-grüne Castortransporte beschert, Zwischenlager an zahlreichen AKW's und Bestandschutz für die Reaktoren. Eine Million Euro spült jedes einzelne Atomkraftwerk täglich in die Kassen der Betreiber. Wir sind gegen den Profit auf Kosten der Allgemeinheit. Und wir sind gegen billige politische Lösungen. Vor der Änderung des Atomgesetzes war noch der „Fortschritt“ bei der Erkundung eines Endlagers gesetzlich nötig, auch das hat rot-grün abgeschafft. Nun reicht die Lagerung in Kartoffelscheunen an den AKW, um eine Entsorgung zu gewährleisten. 40 Jahre Aufbewahrung hochradioaktiven Mülls ohne den Hauch einer Ahnung wohin dann damit- so die neue Gesetzeslage.

Das Bundesumweltministerium spricht von einer Million Jahre Sicherheit. Wann werden die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen?

All das hat uns bewegt, nicht teilzunehmen an dem Bündnis zur Menschenkette, sondern das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, sich auf die eigene Stärke zu besinnen. Wir haben- zusammen mit anderen Gruppen, für die Bündnisse wichtig sind, doch nicht um jeden Preis, hier konkret nicht um den Preis des Inhaltes „sofortige Stilllegung“- wieder einen Treck organisiert, mit der Abschlusskundgebung in Krümmel. Als RednerInnen keine prominenten ParteivertreterInnen, sondern RednerInnen der Bäuerlichen Notgemeinschaft, der

Elterninitiative Gesthacht, die BI gegen Leukämie in der Elbmarsch, der Gomelhilfe Meridian, die IG Metall, von Greenpeace, der Bi Lüchow-Dannenberg. Wir meinen, der Druck, den es braucht, um Atomkraft endgültig auszuknipsen, muss von der Straße kommen. Dafür bauen wir immer wieder Plattformen, um Men-

schen zu ermöglichen, ihre Meinung in die Öffentlichkeit zu tragen, frei und wahrnehmbar. Die Menschen wollen den Atomausstieg, und sie wollen ihn jetzt. Die Politik wird nicht freiwillig den Kampf mit der Atomwirtschaft aufnehmen. Der Filz ist Jahrzehnte alt und geht tief in die Politik hinein. Da braucht es schon das massenhafte und entschiedene Auftreten der Menschen, um das Atomzeitalter zu beenden. Das rot-grüne Ausstiegsgefasel um die Jahrtausendwende hat der Anti-Atom-Bewegung gar nicht gut getan. Eine spürbare Befriedung der Bewegung schlich sich ein. Wie wir heute sehen, hat uns der Atomkompromiss rein gar nichts gebracht. Schwamm drüber, was damals war, aber noch mal soll das der Bewegung nicht passieren. Wir scheuen nicht die Auseinandersetzung, den konstruktiven Streit.

Die Demo in Krümmel war ein rauschendes Fest, mit guten Bands, vielen jungen Leuten, es hat Spaß gemacht, und es hat uns Mut gemacht. Wir werden Viele werden zum Castortransport im November und wir werden kämpferisch unsere Meinung vertreten: der Salzstock Gorleben ist ungeeignet; er wurde aus politischen Gründen zum einzigen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll benannt. Unser Protest ist legitim. Seit der brutalen und gewaltsamen Räumung des Platzes der Republik Freies Wendland konnten sämtliche Landes- und Bundesregierungen nur mit unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen Atomanlagen und Atomtransporte im Wendland durchsetzen. Es gibt kein Endlager. Deshalb muss endlich sofort Schluss sein mit der Atomwaste-Produktion. Kommt und unterstützt die Proteste. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Kerstin Rudek



"Liebe Gegnerinnen und Gegner des Atomwahnsinns! Liebe Aktivistinnen und Aktivisten im Wendland!"

Wie Ihr wisst, bin ich seit Jahrzehnten aktiver Gegner dieser mörderischen und verantwortungslosen Technologie. Und ich muss Euch hier nicht ausführen, warum - niemand weiß das besser und niemand hat da überzeugendere Argumente auf Lager als Ihr. Ich will Euch aber etwas anderes sagen: für mich ist das Wendland immer eine großartige Inspiration gewesen! Es ist schwer für Euch. Es scheint oft

Grusswort von Konstantin Wecker

aussichtslos, sich gegen die Ablagerung von Atomwaste in Eurer Natur und Eurer Landschaft zur Wehr zu setzen. Aber Ihr seid durch diese Jahrzehnte des Widerstands gewachsen, seid etwas ganz Besonderes und ein Vorbild für andere Regionen geworden. Eure hochintelligenten und ebenso effektiven Widerstandsformen haben andere Bewegungen inspiriert und belehrt. Und das Wendland steht darum längst nicht nur für eine skandalöse Atompolitik - es steht auch für eine solidarische Gemeinschaft, für eine Region, die zusammenhält, die sich

nicht alles gefallen lässt, sondern die gemeinsam aufgestanden ist, kämpft und sich einfach nicht unterkriegen lässt.

Macht so weiter! Bleibt standhaft! Und bleibt verbunden miteinander, mit Eurem Land, mit der Natur und stark und solidarisch im Kampf für eine nicht radioaktiv, sondern in Liebe und Gemeinschaft strahlende Zukunft!

Für ein Freies Wendland!

Konstantin Wecker

Die Radioaktivität aus Tschernobyl hat fast eine Million Menschen getötet

Das Buch, „Tschernobyl: „Konsequenzen der Katastrophe für Menschen und Umwelt“ wurde zusammengestellt von den Autoren Alexey Yablokov, Zentrum für Russische Umweltpolitik in Moskau sowie Vasily Nesterenko und Alexey Nesterenko vom Institut für Strahlungssicherheit in Minsk, Weißrussland.

Die Autoren haben dazu mehr als 5.000 Studien und Artikel aus dem russischen Sprachraum ausgewertet und erstmals in englischer Sprache zugänglich gemacht. Die New Yorker Akademie der Wissenschaften gab das Buch zum 24. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl heraus.

Danach sind fast eine Million Menschen in der Welt sind auf Grund der durch das Desaster in Tschernobyl freigesetzten Radioaktivität ums Leben gekommen. Die Autoren meinen, „für die vergangenen 23 Jahre gilt, dass eine Gefahr verschwiegen wurde, die größer ist als die von Atomwaffen und Atomkraftwerken“. Die Emissionen dieses einen Reaktors übertrafen um mehr als das Hundertfache die radioaktive Kontamination der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki.

„Kein Bewohner irgendeines Landes kann sicher sein, dass er vor radioaktiver Kontamination geschützt werden kann“. Ein einziger Reaktor kann den halben Erdball verschmutzen, so führen sie aus. „Tschernobyl-Fallout bedeckt die gesamte nördliche Hemisphäre.“

Ihre Erkenntnisse stehen im Gegensatz zu Annahmen der WHO und der IAEA, die anfangs behaupteten, von den sog. „Liquidatoren“, etwa 830 000 Personen, die das Feuer im Reaktor löschen und die Anlage deaktivieren und säubern sollten, seien nur 31 gestorben. Dem Buche nach sind aber bis 2005 zwischen 112 000 und 125 000 Liquidatoren gestorben.

„An diesem 24. Jahrestag des Tschernobyl-Desasters stellen wir nun fest, dass die Auswirkungen viel schlimmer waren, als manche Forscher geglaubt hatten“ äußerte die Herausgeberin. Aufgrund der umfangreichen Daten schätzen die Autoren die Zahl der weltweiten Toten infolge des Tschernobyl-Fallouts zwischen 1986 und 2004 auf etwa

985.000, eine Zahl, die inzwischen höher liegen wird. Im Gegensatz dazu schätzten WHO und IAEA die Zahl der Toten auf 9.000 und der Erkrankten auf 200.000.

Am 26. April 1986 gab es im Reaktor zwei Explosionen im Reaktorblock 4 in Tschernobyl, die die Abdeckung vom Reaktor absprenkten und den Kern freilegte. Der entstandene Brand sorgte für eine Fahne radioaktiven Fallouts über großen Teilen der westlichen Sowjetunion und der nördlichen Hemisphäre. Große Gebiete in der Ukraine, Weißrußland und Russland mussten evakuiert werden.

Der Anteil der als gesund geboren geltenen Kinder von bestrahlten Eltern in Weißrussland, der Ukraine und dem europäischen Russland fiel seit 1986 von 80 auf unter 20%.

Zahllose für dieses Buch ausgewertete Berichte dokumentieren erhöhte Krankheitsraten im Gebiet von Tschernobyl. Dazu gehören Totgeburten, gestorbene Kinder, Geburtsschäden, viele andere Erkrankungen sowie erhöhte Krebsraten und auch nicht kanzerogene Tumoren.

Zusätzlich zu den Beeinträchtigungen des Menschen wurden auch anderes Spezies kontaminiert, wie Studien an unterschiedlichsten Tieren, Pflanzen, Bakterien oder Vieren gezeigt haben.

Lebensmittel, die in den stark kontaminierten Gebieten der früheren UDSSR produziert worden waren, sind teilweise weltweit verzehrt worden und haben Menschen in anderen Ländern kontaminiert. In einigen, nicht in allen, Fällen wurde die Verstrahlung gemessen und die Ware nicht verbraucht.

Die Autoren warnen davor, dass der Boden, Blattwerk und Wasser in den stark kontaminierten Gegenden noch immer hohe Mengen an radioaktiven Substanzen enthalten und während der kommenden Jahrzehnten Menschen schädigen könne.

Yablokov und seine Mitautoren fanden heraus, dass die radioaktiven Emissionen, ursprünglich auf 50 Millionen Curie geschätzt, mehr als 10 Milliarden Curie betragen haben könnten oder 200fach über der ursprünglichen Annahme lagen und damit hunderte Male höher waren als der Fallout der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Grusswort des BI-Vertreters auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai in Lüchow

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

Meine doch nun schon 15 Jahre zurückliegenden Erinnerungen und Erfahrungen als Betriebsrat und als Mitglied der Tarifkommission Groß- und Außenhandel in Hamburg mit kleinen Eierhändlern und diversen größeren und großen Unternehmen sind auch in der Zeit meiner Mitarbeit in der Bürgerinitiative immer frisch geblieben.

Gibt es denn auch einen Unterschied zwischen denen, die Euch in den Betrieben traktieren, und denen, die unseren ganzen Landkreis seit 33 Jahren traktieren, und mit denen sich die BI in ihren täglichen Auseinandersetzungen herumschlägt?

Wo ist denn eigentlich der Unterschied zwischen einer Feldbesetzung gegen Monsanto Genmais im Biosphärenreservat, oder der bald 30 Jahre alten Besetzung des Bohrplatzes 1004, oder einer Betriebsbesetzung gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen?

Wir haben es alle hier wie da mit verdrehten Worten und Zahlen, mit einer noch verdrehteren öffentlichen Meinung, mit verdeckten Machenschaften und Kungeleien zwischen Politik und Wirtschaft zu tun. Und das alles unter dem obersten, heiligen, unantastbaren

Gebot unserer Gesellschaft:

Geld kann, darf und muß möglichst ungestört noch mehr Geld hecken!

Nach allem, was der Widerstand schon immer wußte, aber nicht beweisen konnte, und was nun beim Wälzen von Aktenbergen doch nach und nach ans Licht kommt, ist klar:

- Wenn in den Salzstock Gorleben tatsächlich hochradioaktiver Müll eingelagert wird, dann ist das ein seit der Standortentscheidung geplantes Verbrechen, ein Verbrechen an allen kommenden Generationen in diesem Vierländer-Eck hier!

- Wenn auf höchstens 30 bis 40 Jahre ausgelegte Atomkraftwerke nun bis zu 60 Jahre laufen sollen, nur damit die Milliarden auf den falschen Konten landen, dann geht das, denke ich, auch der Gewerkschaftsbewegung an die Substanz: Im Bereich der Erneuerbaren Energien, im Bereich der Energieeffizienz, im Bereich der regionalen Energieerzeugung hat das Wort Wachstum wenn überhaupt noch einen Sinn, dort machen qualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze Sinn!

Nach allem, was die arbeitende Bevölkerung seit Kohl über Schröder und Merkel an Abbau nicht nur von Geld, sondern vor allem von Arbeits- und Lebensqualität erfahren hat,

wer kommt da nicht zu der Schlußfolgerung: es reicht, es reicht dicke!

- Es gab ja noch so eine Art Zwischenzeit, in der der bundesdeutschen arbeitenden Bevölkerung weis gemacht werden sollte, das Geldhecken sei auch ihre Angelegenheit. Aber diese Zeiten sind auch vorbei.

- Nun sollen wir zu verblödeten Schnäppchenjägern verbogen werden, die über den Milch- und Butterpreis den Hof unseres Nachbarn ruinieren oder dafür sorgen, daß der Monatslohn der Kolleginnen Textilarbeiterinnen in Bangladesh nicht über 16 Euro steigt!

Tausend Milliarden Dollar, schwirren täglich einmal um den Globus auf der Suche nach dem maximalen Extraprofit. Für dieses Geld gilt immer noch: es stammt aus Arbeit - wo auch immer auf diesem Globus die Arbeit gemacht wird.

Ich denke, es ist allerhöchste Zeit, die Sache wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Ich wünsche uns allen, daß wir uns wieder treffen, wenn es um ein menschenwürdiges Leben auf einer freundlichen Erde geht, hier oder da. Wir haben dieselbe Richtung, also laßt uns zusammengehen! Wir sehen uns!

Gerhard Has

Länder außerhalb der früheren Sowjetunion erhielten hohe Fallout-Mengen, am meisten natürlich Norwegen, Schweden, Finnland, Jugoslawien, Bulgarien, Österreich, Rumänien Griechenland und Teile von Großbritannien und Deutschland.

Ungefähr 550 Millionen Europäer und 150 bis 250 Millionen andere Menschen in der nördlichen Hemisphäre erhielten beträchtliche Kontaminationen. Der Fallout erreichte die USA und Kanada neun Tage nach dem Unglück.

Im Buch wird erwähnt, dass der Fallout aus Tschernobyl bereits neun Tage nach dem Unglück die USA erreicht hatte und sich durch den Regen in der Nahrungskette, z.B. als Jod 131, in der Milch bemerkbar machte. Der Gehalt war 7- bis 28-mal höher als im Mai oder Juni 1986. Die höchsten Mengen wurden

im Nordwesten am Pazifik erreicht. Auch die Amerikaner konsumierten Nahrungsmittel, die aus verstrahlten Gebieten importiert worden sind. Vier Jahre nach dem Unglück waren noch 25 % der importierten Nahrungsmittel kontaminiert.

In den USA wurden die gesundheitlichen Folgen kaum erforscht, wie die Autoren ermittelten. Eine Studie über Strahlung und Bevölkerungsgesundheit jedoch zeigte, dass in den frühen 90er Jahren die Schilddrüsenkrebsrate in Connecticut nahezu verdoppelt war. Zur gleichen Zeit nahmen die Schilddrüsenkrebse bei Kindern in der früheren UdSSR zu, denn die Schilddrüse reagiert besonders sensibel auf radioaktives Jod.

In der Welt gibt es z. Zt. 435 AKW und 104 davon arbeiten in den USA.

Die New Yorker Akademie der Wissenschaften meint, man habe die Osteuropäischen Studien über die Auswirkungen des Tschernobyl-Unglücks zu wenig beachtet, als Firmen in verschiedenen Ländern den Bau neuer AKW oder die Laufzeiten bestehender AKW zu verlängern planten. „Die offiziellen Diskussionen der IAEA und anderer Institutionen der Vereinten Nationen (z.B. die Berichte des Tschernobyl-Forums) haben viele Ergebnisse heruntergespielt oder Ergebnisse aus der osteuropäischen Literatur ignoriert und sich deshalb geirrt“.

Alexey Yablokov, Vassily Nesterenko, Alexey Nesterenko: *Chernobyl: Consequences of the Catastrophe for People and the Environment. Annals of the New York Academy of Sciences. Vol. 1181, New York 2009, Paperback*

Der „Atomgipfel zum besseren Schutz von Nuklearmaterial“

- Staatsterroristen unter sich

In Washington ging wieder mal eine Konferenz zu Ende, die den Planeten geschädigt hat. Außer Spesen nichts gewesen ... Mehr als 40 Staaten haben teilgenommen; mit über 1000 Delegierten, die in mehr als 500 Flügen angereist sind, dabei einen mittleren Sprittanker mit ca. 40.000 t Kapazität verfliegen haben.

Hat man gehört, daß nur einer dieser schlauen Delegierten den Mumm gehabt hätte, die Wurzel des Übels auch nur zu benennen? Das

war der verzweifelte Versuch, den Geist zurück in die Flasche zu holen, der überall überkocht: man muß nur etwas genauer hinsehen, um eine Gelegenheit zu finden.

Dazu muß man keine Bomben klauen, die zudem schwer bewacht werden: Radioaktives Material findet sich überall im Land: in radiologischen Arztpraxen, in Versuchslabors der Werkstofftechnik, in Massen in den Atomforschungszentren, in den Waffenlabors des Militärs und natürlich in den früheren Atomtestgebieten, deren Absperrungen geradezu ein Witz sind.

Mit dem täglich in den Industrieländern umlaufenden radioaktiven Material lassen sich locker 200 Atombomben bauen. Es sind Tonnen. Plutonium ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die meisten Transporte laufen per LKW. Hier von "Sicherheit" zu reden, ist glatter Euphemismus, der von der Wirklichkeit der nuklearen Hybris ablenkt: Alle Industrieländer, die Atomanlagen betreiben, sitzen auf einem Pulverfaß.

Wer entschlossen ist, kauft sich eine Flug-

Der Anti-Atom April - Der Widerstand im Süden lebt!

Die letzte Aprilwoche hatte es für die Neckarwestheimer Atomgegner in sich. Volles Programm war angesagt. Es begann mit der großartigen Demonstration am 24. April in Biblis. Die enorme Zahl an Demonstranten zeigte eindrucklich, dass es eine ganz starke Bewegung gegen Atomkraft in Deutschland gibt. Es ist deutlich geworden: Jede Regierung und jeder Energieversorger muss mit einem vehementen Widerstand rechnen, wenn nicht endlich abgeschaltet wird. Von uns Atomkraftgegnern aus der Region Neckarwestheim waren ein vollbesetzter Bus vom BBMN, ein Bus vom abc Ludwigsburg, mehrere dutzend Bahnfahrer sowie mehrere PKWs und Kleinbusse in Biblis. Bei strahlendem Sonnenschein hat die Umzingelung der Reaktoren dort Spass gemacht. Die Sorge, es kämen nicht genügend Demonstranten zusammen, um die etwa vier Kilometer lange Strecke zu füllen, verflog schnell. Schnell standen die Leute nun plötzlich in mehreren Reihen hintereinander vor dem gut bewachten Zaun des Kraftwerks. Besonders eindrucksvoll war ein Die-in, bei dem sich die Demonstranten bei einsetzendem Sirenengeheul auf den Boden fallen ließen und die Folgen eines Störfalls mimten. Abgerundet wurde die Kundgebung durch ein

Musikprogramm mehrerer lokaler Gruppen. Die Stimmung war den ganzen Nachmittag durchweg gut.

Zwei Tage später ging es in Neckarwestheim weiter: Etwa 200 Atomkraftgegner gedachten in einer gemeinsamen Veranstaltung vom BBMN, Strom ohne Atom und abc Ludwigsburg am vierundzwanzigsten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim der Opfer des Atomunfalls. Die Teilnehmer erinnerten mit großen Schildern an vergessene andere Atomstörfälle wie in Bohunice und Harrisburg und gedachten in einer Schweigeminute der Opfer von Tschernobyl. Andere Wortbeiträge befassten sich mit den verheerenden Umweltauswirkungen des Uranabbaus und riefen zum aktiven Widerstand gegen den Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke auf.

Die Woche abgerundet hat die Teilnahme mehrerer BBMN-Aktiver an den Aktionen vor der Stadthalle in Karlsruhe bei der EnBW-Hauptversammlung am 29. April. Nachdem die EnBW bei unserer März-Kundgebung in Neckarwestheim mit einem großen Werbekubus Propaganda für Atomenergie betrieben hat, wollten wir einen Gegenbesuch abstaten:

Zusammen mit verschiedenen Gruppen aus Karlsruhe standen wir mit Transparenten und Plakaten unübersehbar vor dem Kongresszentrum. Gesellschaft leistete uns ein alter Bekannter: Der große EnBW-Kubus mit seinen unsäglichen Aussagen zur Koexistenz von Windkraft und „Kernkraft“ war auch wieder da. Die Aktionen im April haben gezeigt: Der Widerstand im Süden lebt, ist vielfältig und beharrlich. Beeindruckend ist auch, dass die Zusammenarbeit aller atomkritischen Kräfte so gut klappt wie noch nie. Die klassischen Bürgerinitiativen, die Umweltverbände, die „linken“ Parteien, die systemkritischen Kleingruppen aus den Städten: Alle tun sich zusammen um der Sache willen. Und wenn in Biblis auch von der Bühne herab kritische Worte zum rot-grünen Atomkonsens und zum Verhalten mancher Parteifunktionäre fielen, so wurde doch klargestellt, dass die einfachen Parteimitglieder, die an der Basis für das Abschalten mobilisieren, nicht gemeint waren. **Bei allen Beteiligten war klar: Wir machen gemeinsam weiter - bis endlich abgeschaltet wird!**

Wolfram Scheffbuch, Bund der Bürgerinitiativen mittlerer Neckar e.V. (BBMN)

karte nach Algerien, einige Transportbehälter, einige wichtige Meßinstrumente bei Conrad in Berlin, mietet sich einen dicken Jeep und auf gehts.

Neben dem Urlaub in der Sahara gibt es auch noch ein paar nette Mitbringsel für die Freunde in der Heimat: Fossilien. Anstrengend, aber effektiv!

Wer nicht so weit fahren will, probiert es mal mit der Lüneburger Heide. Da hätte ich auch ein paar Vorschläge ... Oder er fährt gleich nach Hanau. Auf deutschen Schrottplätzen wird man mit geeigneten Meßgeräten auch schnell fündig. Denn zu den politischen Wohltaten der Schrödermafia gehören nicht nur HARTZ IV und die Liberalisierung der Bankster, sondern auch die Umklassifizierung von Atommüll zu normalem Stahlschrott. Über die Merkelsche Abwrackprämie fährt dann der Atommüll mobil über Land, um die teuren Bio-Lebensmittel zu transportieren. Kaufen Sie besser keine Neuwagen!

Dummes Volk - gutes Volk.

Was diese Delegierten in Washington wohl ganz vergessen haben, ist die systematische Verseuchung ganzer Landstriche im Kosovo, in Bosnien, im Irak, in Afghanistan durch Uran 238, das vom Militär als Hochbrisanzgeschöß eingesetzt wird, weil das gleichwertige Wolf-

ram zu kostbar ist. Wer nicht im abgeschossenen Panzer verbrennt und dann als radioaktiv verseuchte Leiche "entsorgt" werden muß, bekommt seine Dosis über U 238 als Flugstaub, denn das Material ist lungengängig. Bleibt nur der Trost, daß es auch die Söldner trifft, die für die "Freiheit kämpfen". Tausende verseuchter Veteranen füllen inzwischen US- und britische Militärhospitäler. Die Diagnose heißt "Desertsyndrom".

Nach den Atombombentests der 60iger Jahre nannte man das noch "Fall out". Brauchen wir weitere 40 Jahre, um die Täter zu benennen, statt imaginäre Terroristen zu jagen?

Abgereichertes Uran 238 fällt in Massen bei der Urananreicherung an und ist nichts anderes als Atommüll. Wer klauen will, sollte sich an die gasförmige Phase des U 238 halten (UF6). Aber Vorsicht! Bei Undichtigkeiten kommt es zu Reaktionen mit Wasser. Es entsteht radioaktive Flußsäure.

Überall da, wo mit Uran hantiert wird - das betrifft auch sämtliche "zivilen" Tiefbohrungen für Gas, Öl oder die Geothermie - wandert Uran ins Trinkwasser. Als ob der natürlich in allen Sedimenten vorkommende Urangelhalt nicht ausreichen würde!

Die Verseuchung ist Programm, jenseits regierungsamtlich spekulativ festgesetzter

"Grenzwerte", die ständig nach oben hin korrigiert werden. Rund um die AKW's und besonders die Atomforschungsanlagen (Karlsruhe und Geesthacht sind Extrembeispiele für die Unfähigkeit und Mittäterschaft von Behörden, die sich als demokratisch verstehen) ist der Boden verseucht.

Da dürften überhaupt keine Wasserwerke gebaut werden - wird aber gemacht. Über das Kühlwasser der Kraftwerke gelangen Unmengen an radioaktivem Tritium in die Flüsse, das nicht zurückgehalten werden kann, da es durch die Korngrenzen aller Trägermaterialien diffundiert.

Die Flüsse wiederum sind wichtige Wasserreservoirs. Werden, wie jetzt weltweit geplant, Atomkraftwerke länger betrieben, wird die radiologische Verseuchung der Anlagen Ausmaße annehmen, die noch nicht abgeschätzt werden können. Mal sehen, ob sich genügend strahlenresistente Versuchskaninchen finden, um die Anlagen zu betreiben.

Wozu also Spaltmaterial klauen?

Die Staatsterroristen waren in Washington unter sich. Die ignoranten, unwissenden Journalisten plappern das nach, was von ihnen erwartet wird.

Günter Dittmann



Leserbrief zur Fachtagung der BI zum Salzstock Gorleben-Rambow

„think positiv“ – so bin ich an die Vorträge der Fachtagung der BI am 17. April in Dannenberg herangegangen – und ich bin rundherum nicht enttäuscht worden!

Ich möchte nur einige Punkte aus dem inhaltsreichen Programm aufführen und hoffe, der Platz der Leserbriefspalte reicht dafür.

Im internationalen Vergleich steht die deutsche Politik mit der nun wieder aufgenommenen alternativen, aber dennoch ergebnisoffenen Erkundung des Salzstocks Gorleben-Rambow glänzend da. Das wurde deutlich im Bericht des Referenten zum Verfahren in Dänemark: 1982 legten dort die Elektrizitätsunternehmen ELSAM und ELKRAFT ihre Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung von fünf Salzstöcken der Öffentlichkeit vor, Drei Jahre lief eine heftige öffentliche Diskussion, bis das dänische Parlament im Jahr 1985 beschloß, keine Atomkraftwerke zu bauen, da keiner der Endlagerstandort den sicheren Ein-schluß des radioaktiven Abfalls aus der Atomstromproduktion gewährleisten könne.

Die BI sollte diese Geschichte einer völlig aus dem Ruder gelaufenen parlamentarischen

Demokratie noch genauer untersuchen und den Lesern einen ausführlicheren Bericht gönnen – schon um herauszufinden, warum das kleine Nachbarland in dieser Zeit nicht intensiv von BKA, BND, MAD und Verfassungsschutz beobachtet wurde!

Aus der Geschichte des Salzbergwerks Asse II gab es nur Positives aus dem Jahr 1967 zu hören: am 21. Juli 1967 teilte die Bergbehörde mit, daß das Bergwerk prima geeignet sei, am 10. November stellte sie fest, daß der Schacht Asse II mit Sicherheit ebenso absaufen würde wie zuvor Asse I und Asse III. Die Bundesregierung wertete dies in ihrem Umweltschutzbericht 1967 als positive Voraussetzung dafür, daß Asse II für Jahrzehnte als Endlagerbergwerk für radioaktive Abfälle zur Verfügung stehen würde.

Ebenso positiv verliefen zehn Jahre später die Bohrungen 1301 bis 1305 des Salzstocks Gorleben. Sie zeigten schon die starken Ablaugungen der Gorlebener Rinne über dem „Erkundungsbereich I“. Vernünftigerweise wurden die Bohrungen dann abgebrochen, um dieses positive Bild nicht zu beeinträchtigen. Ebenso posi-

tiv endete die Schachtvorbohrung Gor5001. In einer Tiefe von 967 Metern gab es Gaszutritte - wozu also noch tiefer bohren?!

Überhaupt über Jahrtausende gewachsenes Salzgestein als Wirtsgestein für die seit 60 Jahren geschaffene Unzahl künstlicher Radionuklide herausgefunden zu haben – dieses Verdienst gebührt den USA, weswegen es dort bereits 1984 und dann wieder 1985 und 1987 klare Beschlüsse gab, auf keinen Fall in Salz einzulagern.

Ein weiterer positiver Befund: Nur Salz, kein anderes natürliches Gestein, zersetzt sich unter Einfluß der Radionuklide!

Daß dem Risikokapital, das im Salzstock Gorleben bereits Milliarden investiert hat und dieselbe Summe noch einmal einsetzen will, gute Renditen winken, dafür verbürgte sich schließlich Prof. Dr. Klaus Duphorn mit seiner Prognose zum zukünftigen Event Endlagerung: „Sie kommen in die salinare Hölle“.

Eine positive, runde Sache, diese Fachtagung, weiter so, BI!

Gerhard Has

Erdgasexplosion im Salzstock Gorleben-Rambow

Durch die Arbeit von greenpeace wurde auch ein Vorgang öffentlich, der das Antreffen von Laugenreservoirn mit Gasanteilen bei den Bohrungen RB 012 und RB 014 unter der 840 m Sohle betrifft (www.gorleben-akten.de, 19960603).

Die Bohrung RB012 auf der 840m Sohle traf an einer Hauptanhydritscholle im Übergangsbereich z3 (jüngeres Steinsalz) zu z2 (älteres Steinsalz) ein Lösungsreservoir an und förderte seit Mitte März 1986 Lauge und „in geringem Maße“ Gas.

Zuletzt, also bis zum 1.8.1996, betrug die Menge 200 Liter pro Tag – entsprechend 0,2 m³. Die überwiegend für die Atomindustrie und ihre Nebenbetriebe gutachtende schweizer Firma Colenco und die BGR nahmen eine Abschätzung der Laugenreservoirgröße vor. Dies konnten sie nur aufgrund des am Auslauf auftretenden Auslaufdrucks und der Auslaufmenge in Kubikmeter pro Tag. Die Abschätzung des Reservoirvolumens lag zwischen 100.000 und 1.000.000 Kubikmeter.

Wenn das Reservoirvolumen nur 100.000 Kubikmeter beträgt und der Spalt bzw. Riß im Anhydrit nur einen halben Meter Dicke aufweist, ergibt sich bereits eine Flächengröße des Lösungsreservoirs von 200.000 Quadratmeter. Das heißt: bei einer mittleren Breite des tief abtauchenden Risses im Anhydrit von 879 m würde er bis auf eine Tiefenlage von 2275m bzw 840m, also 3115m des Salzstocks reichen.

Die Flächenform ist natürlich nicht rechteckig, geradlinig, sondern wild gebrochen bzw. versackt. Dies ändert aber nichts an seiner Erstreckung.

Aus dieser Tiefe – 3108 Meter - trat am 25. Juli 1969 zwischen Elbe und Lenzen auf DDR-Gebiet Erdgas aus einer Bohrung plötzlich in größerer Menge aus. Dies führte zu einer Explosion des Bohrturms, der 3 Tage danach noch brannte. Anwohner haben von diesseits der Elbe die Vorgänge beobachtet und dies in die „Dialoge“ über den Salzstock Gorleben eingebracht. Obwohl dies also PTB und BFS bekannt war, wurden die Vorgänge bisher von dieser Seite mit eisigem Schweigen „beantwortet“. Nach den inzwischen freigegebenen Unterlagen der Bergbehörde in Schwerin, die damals nicht zugänglich waren, bestand das Gas zu 57,5% aus Stickstoff, zu 31,3% aus Methan und zu 8,8% aus analogen höherwertigen Kohlenwasserstoffen.

Das Gas aus 3108 Metern Tiefe unter dem Salzstock stammt danach aus dem Stink- und Kupferschiefer unterhalb des Salzstocks.

Anfang Oktober 1996 standen „Auffahrmaßnahmen“, also der endlagerfertige Ausbau der Strecken im und unterhalb des Bohrlochbereiches den weiteren „Erkundungsmaßnahmen“ zum Laugenreservoir entgegen. Die Bohrung wurde also nur bis zu diesem Zeitpunkt offen gehalten. In dieser Zeit flossen daraus etwa 26 bis 50 Kubikmeter Lauge mit Gasanteilen aus. Die Stellungnahme des BfS, daß damals 200.000

Liter abgepumpt wurden, ist nichtssagend. Die Aussage, daß diese niemals Kontakt zur Biosphäre gehabt haben, dient der Täuschung. Entscheidend war, welche Ausdehnung das mindestens 100.000 m² große Laugenreservoir hat. Unter der damaligen Umweltministerin Merkel wurde die Öffentlichkeit dazu massiv belogen.

massiv belogen ...

Der Vermerk betont, daß im Hinblick auf spätere Sicherheitsbetrachtungen zu Laugen- und Gasgehalten des Salzgebirges in der Teufe der geplanten Einlagerungssohle von hochradioaktivem, wärmeentwickelndem Abfall die Kenntnisse über das Laugen-/Gasreservoir zu gering seien. Der Vermerk des BfS vom 1.8.1996 zitiert als damalige Arbeitshypothese der BGR die offenkundige Tatsache, daß der Stickstoffanteil der angetroffenen Gase aus dem Oberrotliegenden stamme und stellt fest: „Dies würde – zumindest für eine Phase der Salzstockentwicklung – Wegsamkeiten in vertikaler Richtung bedeuten. Demnach muß das Reservoir weiter erkundet werden.“

Auf der Fachtagung der BI Lüchow-Dannenberg am 16. und 17. April 2010 wurde über die Folgen in einem Salzstock am Beispiel des Salzstocks Wustrow berichtet, dessen Ausbeutung massiv und immer wieder durch „schlagende Wetter“ oder „Schlagwetter“ beeinträchtigt wurde – ein explosives Gemisch von Grubengas (Methan, CH₄) und Luft, das Ursache der meisten Grubenkatastrophen ist.

Heinrich Messerschmidt

PUA Gorleben - im Westen niX Neues?

Vielleicht sieht der Landkreis ja doch mal zwischendurch nach Berlin:

Dort hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur „zentrale Lenkungsentscheidung“ vom 13. Juli 1983 (PUA Gorleben) seine Arbeit aufgenommen und die ersten Aktenberge angefordert. Die Regierungsparteien benannten ihre ersten Zeugen aus anderen Parteien und vorigen Regierungen, darunter Helmut Schmidt, Jürgen Trittin, Siegmund Gabriel, die Oppositionsparteien wollen Ihre Zeugen und Sachverständigen am 20. Mai benennen.

Akzeptanzgelder ...

Der Fragenkatalog kreist um jene Kabinettsentscheidung zur untertägigen „Erkundung“ am 13. Juli 1983, hinterfragt die Entscheidungen zu Salz als „Wirtsgestein“ [welcher Wirt, und sei er Gestein, möchte eigentlich gern Radionuklide als Gäste haben?], über alternative Standorte und Gorleben, Akzeptanzgelder und Ausbau zum Endlager, Berg- und Atomrecht und möchte daraus Schlußfolgerungen ziehen für beteiligte Personen und Institutionen, zum Standort

Gorleben und zur zukünftigen Suche nach einem geeigneten Endlager.

kein kritisches Wort zu Gorleben ...

Unbeeindruckt - oder doch beeindruckt? - von allen bekanntgewordenen politischen Machenschaften um das Nukleare Entsorgungszentrum und sein übrig gebliebenes Plumpsklo und die ausbaufähigen Atomanlagen drumherum geht der CDU/CSU-Obmann des Untersuchungsausschusses, Reinhard Grindel, Rotenburg/Wümme, Lieblingsfilm: „Das Wunder von Bern“ schon mal vor Anpfiff des zu erwartenden Parteien-Schlachtfestes mit redaktionellen Beiträgen in die Presse-Offensive und schlägt die gegnerische Mannschaft mit ihren eigenen Waffen: Schließlich sei 2000 von Rot-Grün die Eignungshöflichkeit des Salzstocks in den Atomkonsens geschrieben worden, und im von Trittin verantworteten „Synthesebericht 2005“ stehe auch kein kritisches Wort zu Gorleben.

kein politischer Skandal zu sehen ...

Zu den „bisher öffentlich zugänglichen Quellen“ zählt für den CDU/CSU-Obmann nicht die Fleißarbeit von greenpeace unter

www.gorleben-akten.de, denn nach seiner Meinung ist da um 1983 herum weit und breit kein politischer Skandal zu sehen.

Man diskreditiert Gorleben, um die Kernenergie zu delegitimieren

Allerdings heute, der PUA, das sei ein politischer Skandal, denn aus der „bloßen Existenz des Ausschusses“ solle schon „politisches Kapital“ geschlagen werden: „Man diskreditiert Gorleben, um die Kernenergie zu delegitimieren“. Angst treibt die Atomkraftgegner um, nicht vor gesundheitlichen Schäden kommender Generationen oder der „Restrisiko“ genannten nächsten Kernschmelze, sondern davor, „dass eine Lösung der Endlagerfrage die Zustimmung der Bürger zur Brückentechnologie Kernenergie wachsen ließe“ (tagesspiegel“ vom 30. April 2010). Müde? Ja!

Schlafen wir uns aus – der nächste November kommt bestimmt!

Gerhard Has

Offener Brief an den Bundestagsabgeordneten des Lk. Lüchow-Dannenberg Eckhard Pols (CDU)

Sehr geehrter Herr Pols,

Sie begrüßen es, daß der schwach- und mittelradioaktive Müll aus dem „Faßlager“ Gorleben aus den Containern ausgepackt und umgepackt werden soll.

So war es in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 4. Mai zu lesen, wir nehmen nicht an, daß Sie dort falsch zitiert wurden. Einige Fragen bleiben für uns offen, die Sie den Bewohnern Ihres Wahlkreises sicher beantworten können:

- bisher galten diese Container als „Konrad-Container“, fertig konfektioniert für das Endlager Konrad. Nun werden „endgültige“ Einlagerungsbedingungen vom Bund erarbeitet (GNS, 27.4.2010) oder sie liegen schon „seit einigen Monaten weitgehend fest“ (GNS nach WAZ, 30.4.2010). Da Sie das Umpacken ausdrücklich begrüßen, haben Sie die „nach neuesten Erkenntnissen aktualisierten“ (EJZ 4.5.2010) Einlagerungsbedingungen ja bereits vorliegen und lassen sie uns – Transparenz, Bürgerbeteiligung! - zukommen. Vielen Dank im Voraus dafür!

- Mit dem dadurch fortgesetzten Ausbau der Atomanlagen in Gorleben findet eine weitere Festlegung auf den Standort statt, es stellt einen weiteren Schritt zur Verwirklichung des NEZ dar.

Wir fragen uns, wie sich dies mit der von Ihnen und Ihrer Partei unisono vorgetragenen „Nichtfestlegung“ und „ergebnisoffenen Erkundung“ des Salzstocks Gorleben verträgt.

Wenn Ihnen daran wirklich gelegen wäre müßten Sie einen Stopp jeden Ausbaus bis zum Abschluss der Erkundung fordern!

- Erkennen auch Sie an dieser nun überraschend notwendig gewordenen „Umverpackung“, wie konzeptlos und konfus in dieser Industrie gearbeitet wird? Selbstverständlich macht eine solche Anlage, wenn überhaupt, nur am Endlagerstandort Sinn, für andere Standorte dürfte gar keine Notwendigkeit bestehen: Es bestand eine Genehmigung zum sicheren Antransport, also sollte der Abtransport der Gebinde auch kein Problem sein.

- Oder geht es um eine Stärkung der Wirtschaftskraft des Landkreises durch ein „Millionenprojekt im einstelligen Bereich“ (EJZ 24.4.2010)?

Dagegen spräche, daß die GNS eine solche Anlage auch für Duisburg angekündigt hat (GNS 27.4.2010), und das liegt nicht in Ihrem Wahlkreis.

Andererseits liegt auch die niedersächsische Landessammelstelle nicht in Niedersachsen,

sondern in Jülich, also wie Duisburg in NRW. Auch Ahaus liegt in Nordrhein-Westfalen, die GNS deutete rege Transporte von schwach- und mittelradioaktivem Müll von Ahaus nach Duisburg und zurück oder nach Gorleben und irgendwann dann ja auch nach Salzgitter an (dpa 29.4.2010). Begrüßen Sie auch den Transport der Abfälle aus der niedersächsischen Landessammelstelle Jülich nach Gorleben oder begrüßen Sie eine weitere „Verpackungshalle“ dort?

Oder geht es vielleicht nur um eine länderübergreifende Zusammenarbeit zur Stärkung des Speditionsgewerbes, und steht der Wunsch der Samtgemeinde Gartow (zu der auch Gorleben gehört) auf bessere Straßenanbindungen damit in Zusammenhang?

- Den Bauantrag hat die Gemeinde Gorleben bereits zum Landkreis gebracht, es folgen die Verfahren nach Atomgesetz, die offenbar noch nicht beantragt sind (EJZ 24.4.2010). Über diese Verfahren informieren Sie uns sicher rechtzeitig und umfassend!

Mit freundlichem Gruß
Fachgruppe Radioaktivität
Gerhard Has

AKW Gegner verlangen Klarheit von GNS:

Wann beginnt Neuverpackung in Duisburg? Neue Atomanlagen auch an anderen GNS-Standorten?

Die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland fordern von der GNS (Gesellschaft für Nuklear-Service) nach zahlreichen widersprüchlichen Äußerungen Klarheit über das Gesamtkonzept zur geplanten Atommüll-Neuverpackung für die „Endlagerung“ von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll.

„In den letzten Tagen hieß es seitens der GNS zunächst mehrfach, die „endgültigen“ Einlagerungskriterien für den Schacht Konrad müssten vom Bund noch erarbeitet werden, plötzlich sollen diese doch schon existieren. Zunächst sagte GNS-Sprecher Köbl, der Duisburger Atommüll, der ins Zwischenlager Ahaus transportiert werden soll, müsse zur Neuverpackung auch nach Duisburg zurück, einen Tag später hieß es von Herrn Köbl, der Atommüll werde Duisburg „endlagerfähig“ verlassen. Was ist hier richtig? Wir fordern von der GNS endlich eine umfassende Aufklärung in Sachen Endlagerkriterien, Atommüll-Neuverpackung und Atommülltransporte nach Ahaus,“ so Felix Ruwe von der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.

Was bedeuten die GNS-Pläne für Atommülltransporte nach Ahaus?

Völlig ungeklärt ist zum Beispiel, wann die

– von den Anti-Atomkraft-Initiativen aufgedeckte – Atommüll-Neuverpackung in Duisburg konkret beginnen soll. Unklar ist auch, ob erst danach erste Atommülltransporte von Duisburg nach Ahaus rollen sollen oder ob doch vorab Atommüll nach Ahaus kommen soll, der später in Duisburg oder Gorleben neu verpackt werden muss. „Die GNS und ihre Haupteigentümer EON und RWE dürfen sich vor der Öffentlichkeit genauso wenig verstecken wie die Landesregierung und das Bundesamt für Strahlenschutz als Aufsichtsbehörde. Die Atommüllentsorgung versinkt immer mehr im Chaos und die Wahrheit kommt nur scheinbar ans Licht. Das ist inakzeptabel bei diesem hochbrisanten Thema,“ so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen befürchten nun konkret, dass auch an anderen GNS-Atommüllstandorten eine Neuverpackung von Atommüll nötig wird. Das gilt insbesondere für die Atommüllkonditionierung am stillgelegten AKW Würgassen, für die GNS-Atommüll-Landessammelstelle im Forschungszentrum Jülich sowie für die Atommüllkonditionierungsanlage in Karlsruhe.

Sind auch dort neue Atommüllverpackungsanlagen für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll geplant? Wenn nein, wo soll der dortige Atommüll dann endlagerfähig verpackt werden – in Duisburg oder in Gorleben etwa? Was ist mit anderen Atomstandorten? Landes- und bundesweit drohen zahlreiche neue Atommüllanlagen sowie zahlreiche neue Atommülltransporte, weil niemand einen Plan hat, wie man Atommüll über Zehntausende von Jahren wirklich sicher lagern kann. Wie kann man da über Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke diskutieren?“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Kontakt:

Felix Ruwe: BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Tel. 0171/7937926

Willi Hesters: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0151/12702596

Matthias Eickhoff: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0251/9720765

Weitere Infos: www.kein-castor-nach-ahaus.de,
www.sofa-ms.de,
www.urantransport.de,
www.duisburg-atomfrei.de

Die weltweite Geschichte der Anti-AKW-Bewegung

Teil I

Die Ausgangslage

Vor der UNO verkündet am 08.12.1953 der US-Präsident Dwight D. Eisenhower seine Botschaft: "Atome für den Frieden" In der Erklärung heißt es: "Die Vereinigten Staaten sind davon überzeugt, dass die friedliche Nutzung der Atomenergie kein Zukunftstraum ist." Das wird allgemein als Startschuss für den Bau von Atomkraftwerken (AKW) gesehen. In Westdeutschland war dies erst ab 1955 möglich. Bis dahin galt ein alliiertes Betätigungsverbot für die Atomforschung. In den 50er und 60er Jahren wurden kleinere Atomanlagen weltweit gebaut.

Die "Atomic Energy Commission" (AEC) (Atomenergiebehörde in den USA) veröffentlichte nach der Ölkrise 1973 ein Konzept, nach dem 24.000 Atomkraftwerke (AKW) von der sechsfachen Größe der 1973 üblichen Blöcke gebaut werden sollten, um den Weltenergiebedarf zu decken. Die OECD und die IAEA haben 1975 prognostiziert, dass nach dem Jahr 2000 weltweit eine AKW-Kapazität von 25.000 Gigawatt installiert sein wird. 200 AKW wollte ab 1973, so die Planung, Frankreich bauen. Heute gibt es dort 59 AKW. Auch hier konnten nicht alle AKW durchgedrückt werden. Im Jahre 2009 gibt es 436 AKW in 31 Ländern von rund 200 Staaten auf der Erde. Etwas bescheidener waren die Atombefürworter in Deutschland. Diskutiert wurde auch die Zahl von 10.000 AKW in Westdeutschland. Rund 600 AKW und fünfunddreißig Wiederaufarbeitungsanlagen gingen in direkte Planungsvorschläge ein. Siebzehn Atomkraftwerke sind heute in Deutschland als betriebsbereit bekannt. (2006) Die DDR hatte 15 AKW geplant, alle bestehenden AKW wurden nach der Wende 1990 stillgelegt.

Der Widerstand gegen Atomanlagen beginnt in den USA

Der erste legale Widerstand durch gesetzliche Einwendungsmöglichkeiten gegen Atomanlagen wurde in den USA verzeichnet. Ohne Erfolg. Das AKW wurde gebaut.

Die Anti-AKW-Bewegung kommt nach Europa

Die ersten Bürgerinitiativen (BI) gegen Atomanlagen in Europa wurden 1968 in Paris gegründet. Bereits 1970 gab es in Frankreich landesweit Anti-AKW-Gruppen, die eine Vernetzung aufgebaut hatten, um gemeinsam gegen den Bau von AKW zu agieren. So ab 1972 wurden langsam auch in Westdeutschland Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen ins Leben gerufen. Sie haben sich erst mal selber schlaugemacht. Das langsame Zusammenwachsen von Einzelpersonen und Gruppen in der neuen Organisationsform Bürgerinitiativen beginnt. Das war damals was total neues. In Wyhl, in Südwestdeutschland, kam es dann 1975 zur ersten großen Demo in Westdeutschland, rund 28.000 Menschen aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und Südwestdeutschland besetzten den Bauplatz im Wyhler

Wald. Zum erstenmal standen eher konservativ bäuerliche Bevölkerung und linke, eher langhaarige Studentengruppen aus den Großstädten miteinander auf der Straße und probten den erfolgreichen Widerstand gegen die Politik und Atomindustrie. Seit dieser Zeit gibt es auch eine gute Zusammenarbeit zwischen französischen und deutschen AtomkraftgegnerInnen bis heute. Wir haben in der Geschichte der Aussöhnung zwischen den beiden Ländern einen eigenen dicken Fußabdruck hinterlassen. Es gibt auch ein gemeinsames Symbol, dass in beiden Ländern große Verbreitung fand. "Stoppt die Atomindustrie - kämpft für das Leben". Eine fast wörtliche Übersetzung aus dem französischen "halte à l'industrie nucléaire - combat pour la vie." Es wurde dann so langsam von der heute überall bekannten lachenden Anti-AKW-Sonne abgelöst, die von Anne Lund aus Dänemark 1975 gezeichnet wurde und die bis heute, weltweit so 20 bis 40 Millionen Mal verkauft wurde, nur Che verkaufte sich besser. Zum Bestseller wurde auch das Anti-AKW-Liederbuch, das in vielen Neuauflagen erschienen ist.

Das Jahr 1977 in der Anti-AKW-Bewegung

Viele Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen wurden 2007 schon dreißig oder fünfunddreißig Jahre alt. Im Rhein-Main-Gebiet haben sich viele in der Jahreswende 1976 / 1977 gegründet. Auslöser waren die schweren Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke (AKW) Brokdorf, Kalkar, Grohnde und Malville (Frankreich). Dort starb durch eine Gasgranate, die vor ihm aufschlug, der Atomkraftgegner Vital Michalon. Es gab in Malville viele weitere verletzte Menschen. Viele verloren ihre Arme, Beine und Finger. In den folgenden Schnellgerichten wurden besonders viele Deutsche und Schweizer verurteilt, um zu beweisen, dass die Anti-AKW-Bewegung aus dem Ausland gekommen sei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung ist mit Hilfe der damals bereits bestehenden französischen Anti-AKW-Bewegung aus der Taufe gehoben worden und hatte unerwartet für alle ein sehr langes Leben. Die Anti-AKW-Bewegung wurde damals zur Massenbewegung in der westdeutschen Republik. Wer zur Demo 1977 nach Kalkar auf der Autobahn fuhr hatte Pech. Die Polizei stellte 147.000 Mal die Personalien fest. Ein Sonderzug aus Hamburg wurde auf freier Strecke angehalten und durchsucht. Alle Grenzstationen zu Frankreich wurden geschlossen. Tausende von französischen AtomkraftgegnerInnen steckten fest und konnten nicht zur Demo in Kalkar kommen. Vor niemanden hatte die deutsche Polizei mehr Angst als vor französischen AtomkraftgegnerInnen.

Neue Aktionsformen

Es werden andere und weitere Widerstandsformen entwickelt und ausprobiert. Eine Bau-

zaunauseinandersetzung gab es so nicht mehr. Hinzu kam 1978 die Ablehnung der Atomenergie durch einen Volksentscheid in Österreich. Die unerwartete Breite, der innere Zusammenhalt und die Entschiedenheit der heterogenen Anti-AKW-Bewegung behinderten den Ausbau des Atomprogramms. Gerichtlich verfügte Baustopps und politischer Druck führten dazu, dass schon zwischen 1975 und 1979 keine Bestellungen und Genehmigungen für weitere AKW in der BRD zu verzeichnen waren. In dieser Zeit fiel auch eine Phase rückläufigen und stagnierenden Stromverbrauchs. Stichwort zweite Ölkrise. Es sei daran erinnert, dass damals bei den Erörterungsterminen für die Atomkraftwerke eine Laufzeit von maximal 25 Jahren genannt wurde.

Weltweite Anti-AKW-Bewegung

In den Ländern Irland, Norwegen, Dänemark und den Philippinen wurde das geplante Atomprogramm von der Anti-AKW-Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren gekippt. In allen westlichen Ländern die Atomkraftwerke bauen, gibt es eine Anti-AKW-Bewegung, die zum Teil mit massiven Protesten gegen das Atomprogramm in ihren Ländern vorgegangen ist. Schwere Auseinandersetzungen mit Demos, Platzbesetzungen und Sabotage auf Baustellen von Atomanlagen gab es in den 1970er und 1980er Jahren in den USA, Japan, Südkorea, Taiwan, Australien (Uran), Südafrika, Philippinen, Spanien, England, Norwegen, Irland, Schweden, Italien, Österreich, Schweiz, Frankreich und Westdeutschland. In den Ländern Südkorea, Taiwan, DDR (seit 1986) und auf den Philippinen war die Anti-AKW-Bewegung sogar ein Teil der Demokratiebewegung. AKW wurden immer wieder verhindert. Als nach den schweren Auseinandersetzungen in Brokdorf 1977 diskutiert wurde: Wie geht es weiter? Da haben an der Unterelbe auch AtomkraftgegnerInnen aus dem europäischen Ausland und Übersee (Australien und USA) mitdiskutiert. In Patagonien in Argentinien wurden Uranabbau und ein Endlager verhindert. Auch in Brasilien gibt es AtomkraftgegnerInnen.

Weltweiter Uranabbau

In Australien war der Widerstand gegen den Uranabbau so groß, dass bis 2007 nur drei Uranminen gleichzeitig laufen durften, 2009 wurde eine vierte genehmigt. In den Uranabbaugebieten der Welt besonders in den USA, Kanada, Australien, Niger und Namibia ist die Lebensgrundlage der vor Ort lebenden Bevölkerung, meist indigene Völker, auf Dauer zerstört. Die Uranabbau - GegnerInnen haben sich seit Ende der 1970er Jahre weltweit vernetzt, das nächste Treffen wird vermutlich im nächsten Jahr in Australien stattfinden.

Baskenland

Der Widerstand gegen die Atomenergie war besonders im Baskenland sehr heftig, weil die Anti-AKW-Bewegung dort mit dem Widerstand

gegen die Franco-Diktatur verbunden war. Es gab Sprengstoffanschläge auf das Atomkraftwerk Lemoiz sowie Attentate auf Bauarbeiter und Ingenieure durch die ETA, die den Weiterbau um viele Jahre verzögerten. Dieser wurde angesichts des Widerstands schließlich eingestellt. So wurde Gladys del Estal, eine Atomkraftgegnerin, auf einem internationalen Anti-AKW-Fest am 03.06.1979 im Baskenland von einem Polizisten, am Boden liegend, durch einen Kopfschuss getötet. Der Polizist wurde später freigesprochen. Als Reaktion darauf gab es im ganzen Baskenland erhebliche Proteste mit Barrikaden und Demos.

Ein kleiner Ort an der Elbe mit dem Namen Gorleben

Im Wendland, genauer am Ort Gorleben, das von der Politik und Atomindustrie 1977 als bundesweites Atomklo bestimmt wurde, fanden u.a. 1977 eine Demo mit 15.000 Menschen, 1980 die Besetzung von Bohrloch 1004 mit 5.000 Menschen, die Gründung der Republik Freies Wendland und 1984 die tollen Wendlandblockaden gegen den Atommüll statt. Das heute bekannte gelbe X-Zeichen-Plakat löste damals Polizeidurchsuchungen im ganzen Land aus.

1979 ging die Aufbauphase der Anti-AKW-Bewegung zu Ende

Ein erster Generationenwechsel bahnte sich

an. Viele großstädtische Bls schrumpften zusammen. Andere Umweltthemen rückten in den Vordergrund. Einige gingen aufs Land und gründeten Landkommunen. Die Gründung der Partei "Die Grünen" zog auch Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung ab. Im Jahre 1979 fanden zwei Großdemos im März in Hannover mit über 100.000 und im Oktober in Bonn mit rund 120.000 Menschen statt.

Die 1980er Jahre der Anti-AKW-Bewegung Anfang der 80er flossen Standpunkte der rapide wachsenden Friedensbewegung ein, auch in die Anti-AKW-Bewegung, die mit dem Bundeskongress autonomer Friedensinitiativen (BAF) kooperierte.

1985 fuhr der erste Atommülltransport mit Atommüllfässern in das Zwischenlager von Gorleben. Vorneweg ein Räumpanzer der Polizei und viele Polizeiautos mit Hubschrauberunterstützung hinterher.

Eine andere Energieversorgung

1980 wurden bereits die ersten Gesamtkonzepte für eine andere alternative Energiepolitik vom Öko-Institut entwickelt und in der Anti-AKW-Bewegung diskutiert. Das neue Energiekonzept hatte drei Säulen. Energieeinsparung, Energieeffizienz und regenerative Energien (Sonne, Wind, Biomasse). Heute sagen wir eher Erneuerbare Energien. Eine dezentrale Energie-

versorgung ist notwendig und machbar. Schon 1975 auf dem besetzten Platz Wyhl wurde das Öko-Institut gegründet und erste Ansätze für eine andere Energieversorgung diskutiert, Ideen wurden dazu entwickelt und auf den Weg der Umsetzung in Freiburg weiter bearbeitet. Von der Politik war keine Unterstützung zu erwarten. Sie setzte bis in die 1990er Jahre auf die bekannte Großtechnologie von Kohle und Atom. Die Region Freiburg ist heute ein Solarforschungsschwerpunkt. Viele Menschen, die heute in den Führungsetagen der mittelständigen Solarfirmen oder BesitzerIn einer z. B. Windenergiefirma sind, haben am Bauzaun von Wyhl Prügel von der Polizei bezogen. Heute gibt es Plusenergiehäuser, die mehr Strom erzeugen, als sie verbrauchen. Noch in den 1990er Jahren behaupteten die großen vier Energieversorger in Anzeigen, dass eine erneuerbare Energieversorgung nur bis 4 Prozent möglich sei. Heute haben wir erneuerbare Energien von über 16 Prozent. Alle positiven Prognosen wurden locker überholt. Die Großtechnologie von Kohle- und Atomenergie wird nicht mehr benötigt. Die Zukunft der erneuerbaren Energie hat schon begonnen.

Teil 2 in der nächsten Ausgabe!

D. Kaufmann

Widerstandskalender zu Gorleben

Die Regierung will das Moratorium aufheben - der Salzstock soll weiter zum Endlager ausgebaut werden.

Wir geben keine Ruhe! ALLE ATOMANLAGEN STILLLEGN JETZT! Und die Atommüllkippen - Pläne für Gorleben endgültig vom Tisch!

Am 4.6.10 ist der 30. Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes der Republik Freies Wendland. Ein Hüttendorf, das gebaut worden war, um sich den Probebohrungen in den Salzstock Gorleben in den Weg zu stellen. Es wurde gewaltsam von Polizei und BGS geräumt.

Wir fordern eine Korrektur der Geschichte:

Wir umzingeln den Schwarzbau!

Es wird ein Wochenende voller Aktionen, Ausstellungen, Konzerte, Gesprächsrunden, Erinnerungen für die Zukunft geben. Wir laden alle ein: alle, die damals dabei waren, alle die damals noch nicht dabei waren und alle, die damals noch gar nicht dabei sein konnten. Kommt und schreibt mit uns Geschichte.

Im Herbst ist ein weiterer Castortransport in die oberirdische Kartoffelscheune, das Zwischenlager Gorleben angekündigt. Wir wehren uns entschieden gegen eine Vorfestlegung auf den Standort Gorleben und das sinnlose Rumkutschieren von Atommüll. Die einzig logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass es kein sicheres Endlager gibt, ist aufzuhören, Atommüll zu produzieren, die Zukunft ist erneuerbar.

Wir erwarten die größten aller bisherigen Castorproteste. Denn die Mehrheit der Bevölkerung will den Atomausstieg, dafür wollen wir im Herbst eine politische Plattform sein. Steht uns zur Seite im kühlen November, wenn es darum geht, die Zukunft einzuläuten: Castortransporte sind gesellschaftlich nicht mehr durchsetzbar! Denn die Castortransporte sind

ein Symbol für verfehlte Energiepolitik, für unlösbare Entsorgung, für das Mauern gegen Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz. Und denkt an das Wechseln eures Stromanbieters. Wo kein Absatz, da auch kein Markt.

Eure unermüdlichen Ehrenamtlichen von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.



Mai und später ...

Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow

13.5. - 24.5., KLP, www.kulturelle-landpartie.de

14.5. 14.30 Uhr, Tretlager statt Endlager“, geführte Fahrradtour von Meuchefitz bis Gedelitz 16 Uhr von Gedelitz zu den Atomanlagen Gorleben

17.5., Fachkonferenz „Neue Raumordnung für Erneuerbare Energien“ in Kassel, Kreishaus des Landkreises Kassel, www.eurosolar.org

17.5. 17 Uhr, Infoveranstaltung mit Udo Dettmann „Endlagerstandorte Asse II und Schacht Konrad, Gasthof Meuchefitz

18.5. 17 Uhr, Infoveranstaltung „Was tun bei Aufhebung des Moratoriums“ und weitere Informationen Gasthof Meuchefitz

20.5. 17 Uhr, Fachgruppe Radioaktivität BI-Haus

24.5., Großer Protestmarsch (15 km) „Nein zu neuen AKW, ja zum Atomausstieg!“ in der Schweiz. Start 10 Uhr in Aarau, 12.30 Uhr Kundgebung und Picknick Mülldorf bei Däniken/Gösigen. 13.30 Uhr gemeinsamer Marsch nach Olten. 16 Uhr Schlusskundgebung auf der Schützenmatte in Olten. www.menschenstrom.ch

26./27.5., Eurosolar-Konferenz in München, Altes Rathaus, Historischer Festsaal, Marienplatz 15, www.eurosolar.org

31.5. - 11.6., UN-Klima-Zwischenverhandlungen in Bonn

4.6. - 6.6., 30 Jahre Räumung des Hüttendorfes 1004, Demo „Wi sind al dor!“ bundesweite Demo rund um das „Erkundungs“bergwerk Gorleben Aktionen, Diskussionsrunden, Kunst und Kultur, Misikprogramm, www.bi-luechow-dannenberg.de

12. und 13.6., Elbe-Kirchentag in Hitzacker, www.elbekirchentag.de

22.6. - 21.8., Anti-Atom-Infotour rund um die Ostsee, www.greenkids.de

23.6. 9.30 Uhr, Gerichtsentscheid zum atomaren Zwischenlager Esensham, OVG Lüneburg, Uelzener Straße 40

2.7. - 29.8., Friedensradfahrt 2010 Paris – Moskau „Bike for Peace and New Energies“, www.bikeforpeace.net

3.7., Irisches Sommerfest bei Harry Günther in Reddebeitz

25.7. - 7.8., Tour de Natur von Biblis nach Lichtenfels, www.tourdenatur.net

25.-30.8., IPPNW-World-Congress in Basel, Universität, www.ippnw2010.org

17.-19.9., Ausstiegsbeschleunigungs-Kongress der Grünen mit DGB, Verdi, Parteien, Verbänden und Initiativen in Hannover, www.gruene-niedersachsen.de

18.-26.9., Schauspiel Hannover auf dem Ballhofplatz „Republik Freies Wendland“ mit 100 Teilnehmern, www.schauspielhannover.de

17.10. 15 Uhr, Gorleben-Archiv-Mitgliederversammlung in Grabow

15.11. 19 Uhr, „Energiefragen und Gewalt – Atomenergie von Urangewinnung bis zur Endlagerung“. Eine Veranstaltung der Ev. Erwachsenenbildung Niedersachsen/Braunschweig, Gemeindehaus Groß Denkte, www.tschernobyl-initiative.eu

22.-24.11., 5. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien, Berlin, Seminaris Campus-Hotel, www.eurosolar.de

Wiederkehrende monatliche Termine

Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet

Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de

Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus

Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

12. Castortransport nach Gorleben genehmigt Widerstand formiert sich schon jetzt

Der Countdown hat begonnen: heute, am 30. Jahrestag der Besetzung der Bohrstelle 1004 in Gorleben - der legendären Republik Freies Wendland - hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Transport von 11 Behältern mit HAW - Glaskokillen aus der französischen Plutoniumschmelze Cap de La Hague zum sogenannten Transportbehälterlager Gorleben genehmigt.

"Ein denk-würdiges Geburtstagsgeschenk", kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Am 4./5. Juni werden einige Hundert Freunde und Sympathisanten der Republik Freies Wendland auf ihrem Fest und bei der beabsichtigten Umzingelung des Schwarzbau Gorleben die ersten Verabredungen treffen, wie im Herbst beim nächsten Castortransport die "Abstimmung mit den Füßen" gegen Gorleben als Endlagerstandort und gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken organisiert werden kann.

Wie schon in der Vergangenheit wurden die Behälter der Serie HAW 28 M nicht realen Belastungstests unterzogen, moniert die BI. Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hatte zuvor einen Bauantrag zur Erweiterung des Fasslagers gestellt, zusammen mit der betriebsbereiten Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) konzentriert Gorleben alle Facetten des ursprünglich geplanten "Nuklearen Entsorgungszentrums" (NEZ) mit dem Kernstück Atommüllendlager im Salzstock Gorleben.

Ein BI-Sprecher: "Von daher dient jeder weitere Transport der Zementierung Gorlebens als NEZ, diese Politik, Gorleben Stück für Stück als Atommüllzentrum durchzusetzen, verdient die richtige Antwort, den massenhaften Protest."

Neue Maßeinheit: I Röttgen

Wissenschaftlern ist es gelungen, ein extrem kurzlebiges Element zu isolieren und zu beschreiben, das zwar radioaktiv ist, aber beim Zerfall überhaupt keine Energie freisetzt, sondern seinen eigenen Zerfallsprozess schon eingeleitet hat, bevor es sich bildet, und sofort ohne Energiefreisetzung spurlos verschwindet. Die Wissenschaftler waren mit einem Forschungsauftrag des Bundesumweltministeriums zum Energiemix betraut, ihre Entdeckung machten sie eher zufällig. Aufgrund seiner extrem kurzen Aktivitätszeit mußten die Wissenschaftler auch eine neue Maßeinheit für den Zerfallsprozess bilden, da die Halbwertszeit nicht bestimmt werden konnte. Sie sprechen daher von "Röttgen", wobei I Röttgen der Aktivitätsdauer von 12 bis Mittag entspricht.

Sonderausgabe zu 30 Jahre Republik Freies Wendland ab 31.5.2010

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert

Bildmaterial: contrAtom, aaa-west, PubliXviewinG, bezugsgruppe tübingen

Mitarbeit: D. Kaufmann, F. Ruwe, G. Has, H. Messerschmidt, W. Scheffbuch, G. Dittmann, A. Yablokov, K. Wecker, K. Rudek, W. Ehmke

Versand & Termine: L. Wente

Auflage: 2000

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buero@bi-luechow-dannenberg.de, www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)

Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)

Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)

Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschieken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow,
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 I
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.